

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1296

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1296



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Sehen Urteilen Handeln

Abstimmungsvorlagen Juni 2018

Sozialethische Gedanken von Thomas Wallimann-Sasaki, Leiter «ethik22»

Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!
(Vollgeld-Initiative)»



Sehen

Urteilen Handeln

Geld ist von den Menschen geschaffen, kommt in verschiedenen Formen vor und erleichtert den Austausch von Waren und vieles mehr. Mit der Frage, wer wie welches Geld machen kann, sind auch Fragen nach dem Wirtschaftssystem und gesellschaftlicher Macht verbunden.

WAS WILL DIE INITIATIVE

Heute sind 10% des Geldes in der Schweiz Bargeld in Form von Münzen und Noten; 90% des Geldes ist Buchgeld, das nur elektronisch auf Bank- und Postkonti existiert. Wenn die Geschäftsbanken Kredite geben, dann schaffen sie Buchgeld. Buchgeld ist im Gegensatz zu Bargeld nicht gesetzliches Zahlungsmittel. Auch ist Buchgeld bei einer Krise nicht sicher und kann darum verloren gehen.

Die Vollgeldinitiative will, dass bei einer Bankenkrise unser Geld auf Bank- und Postkonti nicht verloren gehen kann. Darum soll in Zukunft nur noch die Nationalbank Buchgeld schaffen – ähnlich wie es 1891 mit dem Bargeld war, als den Banken verboten wurde, Banknoten



Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

zu drucken. Dieses Buchgeld soll zudem gesetzliches Zahlungsmittel werden.

Dies hat zur Folge, dass die Geschäftsbanken nicht mehr selbständig Kredite vergeben können, ohne dass die Nationalbank diese Kreditvergaben zuerst genehmigt.

Zusätzlich gibt die Vollgeldinitiative der Nationalbank die Möglichkeit, Geld schuldfrei – d.h. ohne Zinsen - direkt an Bund, Kantone und Bürgerinnen auszugeben, um in einer Krisensituation den Geldfluss und damit den Konsum anzukurbeln.

«Die Vollgeldinitiative will,
dass bei einer Bankenkrise
unser Geld auf Bank- und
Postkonti nicht verloren
gehen kann.»

TIMELINE

- **Initiative:** 3. Juni 2014: Lancierung und Beginn der Unterschriftensammlung durch den Verein „Monetäre Modernisierung“ (MoMo) und einen wissenschaftlichen Beirat.
- **Einreichung der Initiative:** 15. Dezember 2015.
- **Botschaft des Bundesrates:** 9. November 2016.
- **Parlament:** Parlamentarische Behandlung: Herbst-Winter 2017.
- **Parlament Entscheid:** 15. Dezember 2017: Nationalrat 169 nein – 9 ja – 12 Enthaltungen; Ständerat 42 nein – 0 ja – 1 Enthaltung.
- **Abstimmung:** 10. Juni 2018.

Sehen
Urteilen
Handeln



SACHANALYSE

Geld: Eine Frage des Vertrauens.

Menschen haben Geld gemacht, um den Austausch von Waren zu ermöglichen und zu vereinfachen. Dieses Tauschmittel funktioniert auf der Basis von Vertrauen. Wir merken dies, wenn z.B. falsche Banknoten im Umlauf sind, und der Kassier im Laden jede unserer Noten kontrolliert.

Inzwischen ist das Geldsystem einiges komplexer geworden. Seit der Banken- und Finanzkrise von 2008 wächst das Gefühl von Misstrauen. Die Vollgeldinitiative ist im Kern eine Antwort auf dieses Misstrauen.

Als gesetzliches Zahlungsmittel muss Bargeld von allen zur Zahlung von Rechnungen angenommen werden. Einzige die Nationalbank hat seit 1891 das Recht, Münzen zu prägen und Noten zu drucken. Bei einer Krise behält es seinen Wert. Bargeld umfasst aber nur 10% des Geldes, das wir im Alltag brauchen. 90% des Geldes ist Buchgeld. Dieses Geld existiert nur elektronisch auf Bank- und Postkonti. Bei einer Krise kann Buchgeld seinen Wert verlieren. Die Schlüsselfrage für die Vollgeldinitiative lautet: Wie kann Geld, das auf einem Bankkonto liegt, bei Krisen des Geldsystems sicher sein und nicht verloren gehen?

Die Frage nach krisensicherem Geld führte bereits nach der Bankenkrise 2008 zu zahlreichen neuen Regelungen. Sie sind vor allem unter dem Stichwort „Too big to fail“-Regeln bekannt geworden. So müssen

Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

Geschäftsbanken heute 2.5% der von ihnen vergebenen Kreditsumme bei der Nationalbank als Mindestreserve hinterlegen. Auch müssen sie bezüglich Eigenkapital höhere Limiten erfüllen. Diese neuen Regeln sind heute so gestaltet, dass eine Krise wie 2008 wohl keine staatliche Rettung einer Bank wie der UBS mehr nötig macht. Zudem ist heute jedem Bankkunden garantiert, dass max. 100'000 Franken auf seinem Konto auch bei einer Krise der Bank gesichert sind.

Vollgeld garantiert, dass das gesamte Geld, das ein Kunde auf seinen Bank- oder Postkonti hat, bei der Nationalbank hinterlegt und damit in einer Krise so sicher wie Bargeld ist. Der Preis für diese Sicherheit ist, dass die Banken nicht mehr wie bisher selber Buchgeld schaffen können. Wenn sie also Kredite vergeben, müssen diese von der Nationalbank genehmigt sein. Dies ist eine Einschränkung für jede Geschäftsbank. Denn das Schaffen von Geld durch Kreditvergabe bildet einen zentralen Baustein in ihrer Tätigkeit: Mit Geld Geld verdienen.

In Fachkreisen ist umstritten, ob die Verschiebung der Kreditschaffung hin zur Nationalbank künftig Krisen verhindert. Die Aufgabe der Nationalbank ist es, durch ihre Geld- und Währungspolitik (z.B. Preisstabilität) gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu gewährleisten. Offen ist die Frage, ob Preisstabilität und wirtschaftliche Entwicklung besser durch die Sicherheit des Buchgeldes und seine zentrale Schaffung durch die Nationalbank gewährleistet sind oder durch die Regulierungen der Geschäftsbanken.

Die Verhinderung von (Finanz-) Krisen hängt nämlich ähnlich wie die Stärke einer Wirtschaft von vielen Faktoren ab. Wie ein Vollgeldsystem wirkt, ist darum ungewiss. Aber auch die seit 2008 getroffenen Massnahmen in der Bankenregulierung können keine 100%ige Sicherheit gegen Krisen garantieren. Eine solche

Sicherheit kann man schlichtweg nicht geben. Die Frage des Vertrauens bleibt also bestehen.

Geld: Eine Frage der Macht.

Die Vollgeldinitiative wirft auch die Frage auf, wie wir unser Vertrauen – ein entscheidendes Element von Geldsystemen – zwischen den Geschäftsbanken und der Nationalbank verteilen und wem wir die Entscheidungsgewalt über die Kreditvergabe geben wollen.

Indirekt geht es darum, wie viel Einfluss und Macht die Geschäftsbanken in unserer Gesellschaft haben. Damit verbunden ist die Frage, wie weit wir die damit verbundene Freiheit der Geschäftsbanken einschränken und stattdessen die Macht bei der Nationalbank zentralisieren. Diese wiederum führt zur Frage, welche Lösung besser dem Wohl des Volkes dient und wie in einer Demokratie die Kontrolle über die Geldschöpfung am besten ausgestaltet wird.



Die Vollgeldinitiative will die Geldschöpfung bei der Nationalbank zentralisieren. Dadurch bekommt die Nationalbank neue Kompetenzen und Aufgaben. Sie wird nach einer Annahme der Initiative den Kreditvergabeprozess steuern und kontrollieren müssen. Dies führt mit Sicherheit zu einer Reform des Kreditwesens. Wie diese aussehen wird, ist weitgehend nicht bekannt. Die bisher gewohnten Abläufe der Kreditvergabe werden sich mit Bestimmtheit verändern. Im Weiteren wird die Nationalbank verstärkt mit dem Zahlungsverkehr von Bankkunden zu tun haben. Wie dies genau aussieht ist nicht geklärt. Die

« Aus sozialemethischer Sicht stellt sich die Frage, welches Geldsystem und welche Machtverteilung möglichst gerecht sind. »

Vollgeldinitiative lässt hier die Gestaltung offen. Fachleute sind sich jedoch nicht einig, ob diese Verschiebung zu mehr Transparenz oder einer Vereinfachung des Zahlungsverkehrs und der Geldwirtschaft führt.

Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass die Annahme der Vollgeldinitiative in der Kreditvergabe zu einer Zentralisierung von Macht bei der Nationalbank als Arm des demokratischen Staates führt und diese infolge neuer Aufgaben eine starke Umstrukturierung braucht.

Die Frage der Machtverteilung ist eng mit der Vollgeldinitiative verbunden. Sorgt Vollgeld für einen besseren Machtausgleich zwischen Nationalbank und Geschäftsbanken? Oder führt diese Machtverschiebung

hin zur Nationalbank – wie die Gegnerinnen der Vollgeldinitiative sagen – zu einer erhöhten Verletzlichkeit der Nationalbank? Führt die alleinige Geldschöpfung durch die Nationalbank zu einer übermässigen Politisierung ihrer Aufgaben? Und besteht darin eine Gefahr für ihre Aufgabe, Sorge zu tragen zur Preisstabilität und zur wirtschaftlichen Entwicklung?

Schlussfolgerungen

Die Vollgeldinitiative ist eine Reaktion auf das Misstrauen ins vorherrschende Geldsystem. Der Grund dafür liegt in der Komplexität des Geldsystems und den Entwicklungen der Finanzwirtschaft. Schon heute zeigt sich dies am riesigen Unterschied zwischen den Reichsten und Ärmsten (vgl: die acht reichsten Personen besitzen gleich viel wie die ärmsten 50% der Menschen der Welt). Die ungleichen Vermögenverhältnisse nehmen zu, haben unterschiedliche Gründe und zählen gleichzeitig zu den grössten Risiken für die globale Wirtschaft. Wie sollen wir dies lösen?

Die Vollgeldinitiative allein löst jedoch nicht automatisch die Fragen, die mit der Komplexität des Geldsystems verbunden sind wie etwa die Schere zwischen arm und reich und das damit verbundene Risiko für die schweizerische wie die weltweite Wirtschaft.

Die Komplexität des Geldsystems und dessen Mechanismen kann die Vollgeldinitiative nicht lösen. Gleichwohl ist sie eine Antwort auf das grundlegende Vertrauen in ein bestimmtes Geldsystem.

SOZIALETHISCHE ANALYSE

Die Menschen haben das Geld als Tauschmittel geschaffen und wissen, dass sein Funktionieren auf Vertrauen angewiesen ist. In einer globalisierten Wirtschafts- und Finanzwelt ist die Sicherung des Vertrauens eine grosse Herausforderung. Hier setzt die

Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

Vollgeldinitiative an. Aus sozioethischer Sicht stellt sich die Frage, welches Geldsystem und welche Machtverteilung möglichst gerecht sind. Für eine Antwort können aus der Tradition der Katholischen Soziallehre drei Prinzipien/Wegweiser Hilfe bieten.

Mensch im Zentrum – Dient das System dem ganzen Volk?

Jedes Geldsystem und jede Form der Schaffung von Geld muss zuerst dem Menschen dienen und nicht sich selbst, einem Unternehmen oder dem Geld selber. Dies heisst, das Schaffen von Geld muss nicht primär das System erhalten, sondern den Menschen ermöglichen, ein gutes Leben zu führen. Dies heisst zu fragen, welche Form der Geldschaffung hat das Wohl des Volkes besser im Blick.

Geschäftsbanken werden häufig dafür kritisiert, dass sie einzig dem Markt und dem Gewinnprinzip verpflichtet sind. Darum ist ihre Geldschöpfung weniger dem Wohl des Volkes als viel mehr Eigeninteressen (individuelle wie unternehmerische) verpflichtet. Hinweise aus der Finanzwelt zeigen, dass dies nicht unbegründet ist, wenn an Boni, Geschäftsstrukturen im Graubereich des Rechts und an die Gewinne der Finanzinstitute bei gleichzeitiger Personalreduktion gedacht wird. Je weniger also den Geschäftsbanken vertraut wird, dass sie zum Wohl des *ganzen* Volkes handeln, desto mehr drängt sich eine Zentralisierung der Kreditschöpfung auf.

Es stellt sich auf der anderen Seite aber auch die Frage, ob die Nationalbank mit der neuen Aufgabe der Geldschöpfung das Wohl des Volkes im Auge behalten kann und wie angesichts der Zentralisierung dieser



Aufgabe das Machtverhältnis zwischen Nationalbank und Geschäftsbanken zum Wohl aller gestaltet wird. Ebenfalls stellt sich die Frage, wie politische Interessen in die neue Aufgabe der Nationalbank hineinspielen und wie diese Interessen zum Wohl aller transparent gemacht bzw. demokratisch kontrolliert werden.

Gemeinwohl und Solidarität – ist auch bei einem Bankenkurs mein Geld nicht verloren?

Ganz im Sinne der Präambel der Bundesverfassung, dass sich „die Stärke des Volkes ... am Wohl der Schwachen“ misst, befragt das christliche Solidaritäts- und Gemeinwohlverständnis Systeme und Strukturen, wie der Unterschied aussieht zwischen jenen, die Vorteile haben, und jenen, die die Lasten tragen.

Dabei zeigt sich, dass die Finanzwirtschaft, die Geld mit Geld macht, aus einer Gemeinwohlperspektive kritisch zu hinterfragen ist, da diese Art von Geldgeschäft den Graben zwischen Arm und Reich grösser werden lässt und viele Menschen von den Erfolgen ausschliesst. Es wird immer deutlicher, dass dieses Wirtschaften das friedliche Zusammenleben der Menschen bedroht und somit das Wohl der Menschen nicht mehr im Zentrum steht. Wenn beim Zusammenbruch einer Bank oder von Teilen des Systems das ersparte Geld verloren geht, dann wird das Ungleichgewicht zwischen jenen, die haben, und den andern noch grösser.

Die Sorge für das Wohl der Schwachen gehört zu den Grundwerten unseres Landes. Darum stellt sich die Frage, ob mit der gegenwärtigen Regelung die Gelder und Vermögen gerade auch der kleinen Kundinnen bei einer Bankenkrise ausreichend sicher sind oder ob hier Vollgeld eine grössere Sicherheit bietet.

Subsidiarität – auf welcher Ebene sind die Aufgaben zur Geldschöpfung am besten angesiedelt?

Nicht alle Aufgaben müssen in einer Gesellschaft von der obersten Stelle wahrgenommen werden. Mit dem Föderalismus kennt man in der Schweiz ein differenziertes System der Zuständigkeiten. Das

Subsidiaritätsprinzip knüpft hier an. Was auf unteren Stufen erledigt werden kann, soll nicht zentralisiert werden; brauchen diese unteren Ebenen Hilfe, muss sie von oben geleistet werden. Das Subsidiaritätsprinzip verteilt auf diese Weise auch die Macht und wirkt gegen zu grosse Machtansammlungen.

Diese Frage stellt sich auch mit der Geldschöpfung. Grundsätzlich hat sich das subsidiäre System der Geldschöpfung durch die

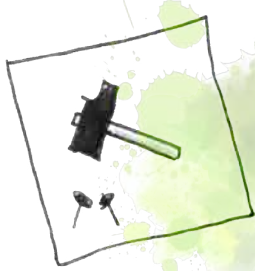
Geschäftsbanken bewährt. Doch es ist gleichzeitig ein Risiko für Krisen, die in der Regel zuerst die Schwachen treffen – oder die ein ganzes Volk zwingen, das masslose Handeln von wenigen auszubaden (wenn die Steuerzahlenden die UBS retten müssen).

Es stellt sich darum die Frage, wie bei einem Vollgeldsystem der Zahlungsverkehr so gestaltet wird, dass sowohl Transparenz wie auch eine gute Machtverteilung gewährleistet sind. Auch hier muss das Wohl aller Ziel der Einschätzungen sein.

Schlussfolgerungen

Die hier erwähnten sozialetischen Kriterien haben zum Ziel, ein Geldsystem zu gestalten, das dem Menschen dient und dem Wohl aller verpflichtet ist. Eigennutzen von Banken wie auch Machtansammlungen sind kritisch zu hinterfragen, denn beides ist hinderlich für das Vertrauen, ohne das kein Geldsystem funktioniert.





Sehen Urteilen Handeln

Sozialethik hat nicht einfach die richtigen Antworten für konkrete Abstimmungsfragen. Wer im Vollgeld ein System sieht, das den Menschen mehr dient und die Macht besser zum Wohl aller Menschen verteilt, wird zustimmen.

Wer das bestehende System für ausreichend hält und die Veränderungen für zu riskant und gewagt hält, ist dagegen.

STELLUNGNAHME JA UND NEIN

Für die Initiative:

Für die Initiative sprechen sich zahlreiche Einzelpersonen aus. Darunter finden sich auch zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler.

Argumente der Befürwortenden:

- Mit Vollgeld ist nicht nur Bargeld, sondern auch das Geld auf Bankkonti (sog. Buchgeld) sicher.
- Beim Vollgeld hat die Nationalbank eine bessere Kontrolle über die Geldmenge, die im Umlauf ist.
- Die Gewinne aus der Geldschöpfung und Verleihung fliessen direkt an die Nationalbank und werden dann zu mindestens zwei Drittel an die Kantone weitergegeben.
- Bei einer Bankenkrise müssen Banken nicht zwingend gerettet werden, da das Buchgeld als Vollgeld von der Nationalbank geschützt wird. Damit ist da Geld der Kunden sicher – ausser diese geben es der Bank gegen Zins für Investitionsgeschäfte.

- Kundinnen können weiterhin Konti bei einer Geschäftsbank haben und der Bank erlauben, damit Geldgeschäfte zu machen und Zins dafür zu erhalten.

Gegen die Initiative:

Nebst Bundesrat und Parlament sprechen sich alle Parteien ausser den Grünen gegen die Initiative aus. Auch gegen die Initiative ist die Nationalbank.

Argumente Gegnerinnen:

- Es handelt sich um ein Experiment mit dem Geldsystem, das noch nie auf der Welt gemacht wurde. Das ist ein grosses Risiko.
- Vollgeld verkompliziert die Abläufe in der Kreditvergabe und macht so das Geldgeschäft für die Kunden teurer.
- Die Nationalbank wird verpolitisiert, weil sie selber Geld schaffen muss, das bisher die Banken taten.
- Vollgeld hätte die Krise 2008 nicht verhindert. Seit 2008 gab es viele neue Verschärfungen in der Bankenregulierung. Dieser Weg ist bewährt und sicherer, um künftige Banken Krisen zu verhindern.

Stimmfreigabe hat die Grüne Partei der Schweiz beschlossen.

FRAGEN

Wie immer die Stimmbürgerinnen entscheiden – die Vollgeldinitiative stellt wichtige Fragen zur wirtschaftlichen und geldpolitischen Zukunft. Über die Abstimmung vom 10. Juni 2018 hinaus sind darum die folgenden Fragen aktuell:

1. Wie kann das Vertrauen in Geld verstärkt werden – welche Forderungen ergeben sich daraus für die Banken, für die Nationalbank, die Behörden und die Bürgerinnen und Bürger?

Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»

2. Wann sind wir bereit, etwas Neues zu wagen als Antwort auf die Probleme unserer komplexen globalisierten Weltwirtschaft?
3. Wie soll die Geldschöpfung in einer Demokratie kontrolliert werden – durch die Nationalbank oder auch durch die Geschäftsbanken?
4. Wie sollen die Machtverhältnisse zwischen Geschäftsbanken und Nationalbank gestaltet werden, damit das Wohl von allen, sowie Preisstabilität und wirtschaftliche Entwicklung gefördert werden?
5. In wen haben Sie persönlich mehr Vertrauen: die Geschäftsbanken oder die Nationalbank?

OFFIZIELLE VORLAGEN

Informationen zur „Vollgeld“-Initiative

[Parlament und Bundesrat](#)

[Botschaft des Bundesrates](#)

[Ja-Komitee](#)

[Nein-Komitee](#)

Information zu beiden Abstimmungen

[Allgemeine Informationen Parlament](#)

[Allgemeine Informationen Bundesrat](#)

[Abstimmungsbüchlein](#)

[Easyvote](#)



ethik22

Institut für Sozialethik

IMPRESSUM

Herausgeber: ethik22, Zürich

Redaktion: Thomas Wallimann-Sasaki

Erscheinungsdatum: Mai 2018

www.ethik22.ch